

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Stadtrat	16.06.2026	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	17:00 - 20:31 Uhr

Öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzende

Schriftführer

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden folgende Bedenken erhoben.

Ratsmitglied Lang beantragt den nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt 20 in den öffentlichen Teil zu verlegen. Bürgermeisterin Bauernschmitt stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	18
Enthaltungen:	2

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Beratung erfolgt wie vorgesehen im nichtöffentlichen Teil.

Das Gremium beschließt einstimmig die Ergänzung/Änderung der Tagesordnung in der neuen Fassung:



Es wird neu ein Tagesordnungspunkt 14 „Stadion Trift- Umbau und Modernisierung hier: Vergabe der Bauleistungen (4 Lose)“ eingefügt.

Die bisherigen Tagesordnungspunkte 14 bis 20 werden zu den Tagesordnungspunkte 15 bis 21.

Tagesordnung:Öffentliche Sitzung:

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Landesprojekt Urbane Sicherheit: Durchführung einer lokalen Sicherheitsanalyse (Sicherheitsbefragung)
hier: Vorstellung der Ergebnisse
- 3 Fusion der Stadtwerke Bad Dürkheim-GmbH mit der Stadtwerke Deidesheim GmbH und dem Eigenbetrieb „Stadtwerke Wachenheim“ der Stadt Wachenheim
- 4 Einlage in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH für Zuschüsse an die Rhein-Haardtbahn GmbH
- 5 Flächennutzungsplan und Landschaftsplan
hier: Beschluss über die Abwägung der im Rahmen der formellen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss
- 6 Bebauungsplan Fronhof II – 1. Teiländerung Sonstiges Sondergebiet „Großflächiger Lebensmitteleinzelhandel“
hier: Anpassung Geltungsbereich, Abwägungsbeschluss über die Stellungnahmen im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und Durchführung des förmlichen Beteiligungsverfahrens gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
- 7 Vereinbarung über die Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) zwischen dem Landkreis Bad Dürkheim und der Stadt Bad Dürkheim
- 8 Vorzeitige Ausschreibung von 1,5 zusätzlichen Stellen in der Entgeltgruppe 9a zur Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) vor Anpassung des Stellenplans 2027
- 9 Zweckvereinbarungen Feuerwehr
- 10 Neufassung der Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe- und Dienstleistungen der Feuerwehr
- 11 Veranstaltungsdienstleistungen 2026: Vergabe
- 12 Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung
- 13 "Breite Debatte für einen lebendigen Stadtplatz"; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 8.6.2026
- 14 Stadion Trift - Umbau und Modernisierung
hier: Vergabe der Bauleistungen (4 Lose)
- 15 Informationen
- Sachstand Haushalt 2026
- 16 Anfragen

Anwesenheitsliste

Stadtrat

vom 16.06.2026

Vorsitzende:

Bürgermeisterin
Bauernschmitt, Natalie

Erster Beigeordneter:

Güther, Claudius entschuldigt

Beigeordnete:

Ester, Gerd bis 19:30 Uhr
Strobel, Angela

CDU-Fraktion:

Bart, Rolf
Brand, Thorsten
Busch, Judith
Darting, Helmut
Hoffmann, Gisela
Kalbfuß, Thomas entschuldigt
Michler, Christine
Schneeganß, Peter
Steiniger, Johannes bis 19:25 Uhr
Wolf, Andreas
Wolf, Markus
Zackiewicz, Jana

SPD-Fraktion:

Brust, Alexander
Brust, Karl
Kissel, Kerstin entschuldigt
Lang, Ralf
Mackensen-Geis, Isabel
Stepp, Ina

FWG-Fraktion:

Freunscht, Jürgen
Günther, Axel G. entschuldigt
Karst, Uli
Krauß, Uwe
Krick, Frank
Schmitt, Jochen ab 17:30 bis 20:20 Uhr

FDP-Fraktion:

Dick-Walther, Petra entschuldigt
Eymael, Jan
Schubert, Walter

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bruns, Johanna entschuldigt
Giel, Thomas, Prof. entschuldigt
Hagen, Judith
Heißler, Sibylle

Mühlbeier, Ralph

Verwaltungsmitarbeiterin:

Feigel, Stefanie

Müller, Petra

Schneider-Joseph, Christine

Verwaltungsmitarbeiter:

Brill, Marcus

Metzger, Oliver

Röhl, Jan

Sokolowski-Kühn, Maik

Wietschorke, Steffen

Schriftführer:

Schimmel, Joachim

Schriftführerin:

Soennecken-Zimmer, Stefanie

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Einwohnerfragestunde

Folgende mündliche Einwohneranfragen werden gestellt:

Eine Einwohnerin bemängelt den Pflegezustand der Teichanlage im Fronhof I. Insbesondere befände sich in der Teichanlage kein Wasser. Weiterhin kritisiert sie den starken Schilfbewuchs und fragt an, wie es mit der Teichanlage im Fronhof I weitergehe.

Herr Wietschorke führt dazu aus, dass der Teich im Zuge der Erschließung angelegt worden sei und zur Entwässerung diene. Folglich führe die Teichanlage bei Trockenheit tendenziell kein Wasser. Die Verwaltung werde den Zustand der Teichanlage vor Ort nochmals prüfen. Ggf. müsse der starke Schilfbewuchs entfernt werden, dies sei jedoch nur in den Wintermonaten möglich.

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt zu einer weiteren Einwohneranfrage aus, dass diese unzulässig sei, da diese den Tagesordnungspunkt 5 betreffe.

Ein Einwohner kritisiert die Verkehrssituation in der Obergasse/Hammelstalstr. und fragt an, welche Maßnahmen zur Entlastung von Seiten der Verwaltung angedacht seien.

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt dazu aus, dass die Grundsituation der Verwaltung bekannt sei und man die Anfrage in die Niederschrift aufnehmen werde.

Tagesordnungspunkt 2:

Landesprojekt Urbane Sicherheit: Durchführung einer lokalen Sicherheitsanalyse (Sicherheitsbefragung)
hier: Vorstellung der Ergebnisse
Vorlage: 2026/0154/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert den Sachverhalt und führt hierzu aus, dass sich die Stadt am Modellprojekt „Urbane Sicherheit“ des rheinland-pfälzischen Innenministeriums beteiligt, das darauf abzielt, kriminalpräventive Maßnahmen weiterzuentwickeln und Handlungsempfehlungen für die Sicherheit im öffentlichen Raum abzuleiten. An der Online-Befragung, die im Zeitraum vom 16. Februar bis 31. März 2026 durchgeführt wurde, beteiligten sich 893 Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren. Die Durchführung sowie Auswertung erfolgte durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gemeinnützige GmbH (ismgGmbH).

Die Umfrageergebnisse wurden durch Herrn Heinz Müller (1. Teil) sowie Herrn Thomas Koepf (2. Teil) von der ismgGmbH anhand einer Beamer-Präsentation vorgestellt.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Es wurden anschließend weitere Fragen zur Präsentation gestellt. Die Fragen wurden im Einzelnen von Bürgermeisterin Bauernschmitt, Herrn Heinz Müller (1. Teil) sowie Herrn Thomas Koepf (2. Teil) beantwortet.

In Anschluss der Präsentation folgten weitere Wortbeiträge. Im Wesentlichen ist hierbei folgendes festzuhalten (chronologische Reihenfolge):
Allgemein wurde die Präsentation positiv hervorgehoben und sich hierfür bedankt.

Bürgermeisterin Bauernschmitt, führt aus, dass eine breitere Beteiligung wünschenswert gewesen wäre. Die Ergebnisse zeigen gleichwohl ein insgesamt positives Bild. Rund 79 Prozent der Teilnehmenden sind mit ihrer Lebensqualität zufrieden oder sehr zufrieden, mehr als 73 Prozent bewerten ihre Wohngegend positiv. Auch das Sicherheitsgefühl ist überwiegend gut ausgeprägt, insbesondere tagsüber in der Innenstadt und Fußgängerzone. Gleichzeitig machen die Ergebnisse Handlungsbedarfe in drei zentralen Bereichen bei der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum, insbesondere im Hinblick auf Müll und Hundekot, bei der Rücksichtnahme im Straßenverkehr sowie beim Sicherheitsgefühl in den Abend- und Nachtstunden deutlich. Die Ergebnisse zeigen, dass Bad Dürkheim insgesamt als sichere und lebenswerte Stadt wahrgenommen wird, gleichzeitig aber auch konkrete Handlungsbedarfe deutlich werden.

Ratsmitglied Lang folgt der Auffassung von Bürgermeisterin Bauernschmitt und schätzt die Teilnehmerzahl eher gering ein. Unbestritten sei die gute Lebensqualität in Bad Dürkheim hervorzuheben. Er fragt an, inwieweit eine Wiederholung der lokalen Sicherheitsanalyse (Sicherheitsbefragung) angedacht sei.

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt dazu aus, dass die Ergebnisse nun gemeinsam mit den zuständigen Behörden und Einrichtungen ausgewertet werden um darauf aufbauend Maßnahmen abzuleiten. Offen bleibe hingegen eine künftige Wiederholung der Sicherheitsanalyse (Sicherheitsbefragung) in Abhängigkeit maßgeblicher Landeszuwendungen.

Ratsmitglied Karst bewertet die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger positiv, sieht im Besonderen indessen die Verschmutzung durch Müll und Hundekot kritisch. Weiterhin müsse die Sicherheit am Bahnhof und im Kurpark stärker in den Fokus rücken, da sich insbesondere Frauen dort in den Abend- und Nachtstunden unsicher fühlten. Auch wüssten Einwohner teilweise nicht wohin sie sich mit ihren Problemen wenden sollten. Dies müsste nochmals näher beleuchtet werden.

Ratsmitglied Schubert führt aus, dass die Ergebnisse seinen Erwartungen entsprochen hätten, allerdings wundert er sich doch etwas über die Verschmutzungen durch Hundekot und Müll. Für ihn selbst sei dies

verstärkt so nicht wahrnehmbar, wenngleich auch hier gewiss Verbesserungsbedarf bestehe. Das Unsicherheitsgefühl am Bahnhof und im Kurpark sei ihm bekannt. Er fragt an, ob es bereits Handlungsempfehlungen an die Stadt gäbe.

Herr Thomas Koepf verneint dies, einschlägige Handlungsempfehlungen würden in weiteren Besprechungen jedoch im Mittelpunkt stehen.

Ratsmitglied Mühlbeier findet es schade, dass nicht mehr jüngere und junge Familien teilgenommen hätten. Den Schwerpunkt sehe er im Verkehrsbereich und Radverkehr.

Ratsmitglied Markus Wolf bewertet die Teilnahme an dem Landesprojekt „Urbane Sicherheit“ positiv. Von dem Ergebnis seien entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Das subjektive Sicherheitsgefühl sei konstruktiv. Mithin sei vieles richtig gemacht worden. Die Auswertung der Umfrage stelle folglich für die Stadt ein gutes Resultat dar.

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt abschließend aus, dass die Ergebnisse der Umfrage als Grundlage für weitere Handlungen und Maßnahmen sowie deren Weiterentwicklung dienen und man sich auch künftig mit dem Thema „Urbane Sicherheit“ befassen werde.

Tagesordnungspunkt 3:

Fusion der Stadtwerke Bad Dürkheim-GmbH mit der Stadtwerke Deidesheim GmbH und dem Eigenbetrieb „Stadtwerke Wachenheim“ der Stadt Wachenheim
Vorlage: 2026/0127/SW

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagespunkt ein und erinnert an die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.06.2026. In dessen Rahmen wurde die Fusion ausführlich beraten, Fragen gestellt und beantwortet sowie ein einstimmiger Beschluss (mit Stimmenenthaltung) gefasst. Die Beratungen zur Fusion der Stadtwerke GmbH waren nicht einfach. Die Fusion sei allerdings unerlässlich um sich zukunftsicher aufzustellen. Wünschenswert wäre demgemäß die Erteilung eines offiziellen Auftrages respektive die Legalisierung durch den Stadtrat, um das Vorhaben auf den Weg zu bringen.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher ergänzt im Besonderen, dass zum 01.01.2027 (operativer Fusionstermin) organisatorisch noch viel zu tun sei. U.a. seien die Teams zusammenzuführen (drei Standorte) oder die IT-Sicherheit zu gewährleisten. Weiterhin hebt er hervor, dass es sich bei der Fusion um einen großen notwendigen Schritt handele, um auch zukünftig wettbewerbsfähig zu bleiben. Er bittet demzufolge der Fusion sowie der folgenden Änderung bzw. Ergänzung zum Beschluss "Die vorgenannten Beschlüsse sollen auch dann vollzogen werden, wenn sich Anpassungserfordernisse bezüglich des Firmennamens „Stadtwerke an der Weinstraße GmbH“ ergeben" zuzustimmen. Die Änderung bzw. Ergänzung diene dazu, ggf. den vorgesehenen Firmennamen zu ändern bzw. anzupassen, sofern hierzu die Notwendigkeit bestehe.

Ratsmitglied Lang macht deutlich, dass die Fusion die richtige Entscheidung sei und von der Fraktion unterstützt werde. Eine rechtsverbindliche Auskunft im Hinblick auf die Thematik „Querverbund“ sei allerdings bisher nicht erfolgt. Er fragt an, wie sich die rechtliche Situation darstelle und erwarte eine rechtsverbindliche Auskunft.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher führt dazu aus, dass der steuerrechtliche Querverbund ein wichtiges Instrument des Kommunalrechts darstelle. Es ermöglicht Städten und Gemeinden (über ihre Stadtwerke oder Betriebe gewerblicher Art), die Gewinne aus profitablen Bereichen (wie der Energieversorgung) steuerlich mit Verlusten aus defizitären Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (wie dem ÖPNV oder Schwimmbädern) zu verrechnen. Diesbezüglich wurden einschlägige Fragen beim Finanzamt eingereicht. Mehr Rechtssicherheit bestehe indessen erst, wenn eine verbindliche Auskunft durch das Finanzamt erfolgt sei. Allerdings sei ungewiss, ob eine verbindliche Auskunft durch das Finanzamt noch vor dem Notartermin erfolge.

Ratsmitglied Schubert führt aus, dass die Fraktion der Fusion zustimmen wird. Wichtig sei, dass die neue Gesellschaft kommunal bleibt und die Bürgerinnen und Bürger sicher, fair und preiswert mit Strom, Gas und Wasser beliefert werden. Ein erfolgreicher Appell an Bürgerinnen und Bürger der neuen Gesellschaft treu zu bleiben sei danach dringend angezeigt.

Ratsmitglied Hagen betont, dass im Hinblick auf den Klimawandel dringend auf regenerative Energien zu achten und die unabhängige Energieversorgung, auch hinsichtlich stabiler Energiepreise, von großer Bedeutung sei. Die Fusion sei für die Wettbewerbsfähigkeit unabdingbar. Sie dankt allen Beteiligten für die gute und transparente Aufarbeitung. Die Fraktion werde der Fusion zustimmen.

Ratsmitglied Markus Wolf folgt der Auffassung, dass die Fusion ein guter und wichtiger Schritt sei und dankt den Verantwortlichen für das kollegiale Verhalten und der guten Ausarbeitung des Gesellschaftervertrages. Damit wurde die Grundlage, gute Energie zu günstigen Preisen zur Verfügung zu stellen, geschaffen. Mithin volle Zustimmung durch die Fraktion.

Ratsmitglied Schmitt hebt hervor, dass die Fusion einen langen Weg hinter sich hätte und die einzige Lösung darstelle marktfähig zu bleiben. Die Fraktion werde der Fusion zustimmen.

Ratsmitglied Karl Brust moniert, dass es ein Unding sei, dass noch keine verbindliche Auskunft vom Finanzamt erteilt wurde. Er werde sich mithin enthalten.

Beschluss:

Die Fusion der Stadtwerke Bad Dürkheim-GmbH mit der Stadtwerke Deidesheim GmbH und dem Eigenbetrieb „Stadtwerke Wachenheim“ der Stadt Wachenheim wird beschlossen.

1. Die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH fusioniert mit der Stadtwerke Deidesheim GmbH und dem Eigenbetrieb „Stadtwerke Wachenheim“ der Stadt Wachenheim gemäß der folgenden Transaktionsschritte und auf der Grundlage der in bezuggenommen Anlagen:
 - a) Die Stadt Bad Dürkheim, die Stadt Deidesheim, die Gemeinde Niederkirchen sowie die Stadt Wachenheim legen gemeinsam mit der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH als künftiger Fusionsgesellschaft die Bedingungen der Fusion sowie die Grundlagen der künftigen Zusammenarbeit gemäß dem als Anlage 1 im Entwurf beigefügten Konsortialvertrag fest.
 - b) Die Fusion erfolgt auf Basis der als Anlage 2 im Entwurf beigefügten Umwandlungsverträge und Beschlüsse, nach denen das Vermögen der Stadtwerke Deidesheim GmbH durch Verschmelzungsvertrag (Anlage 2 Teil A.II) und das Vermögen des Eigenbetriebs „Stadtwerke Wachenheim“ durch Ausgliederungsvertrag (Anlage 2 Teil A.III) auf die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH als aufnehmender Rechtsträger übertragen wird.
 - c) Zur Durchführung der vorgenannten Umwandlungsvorgänge wird das Stammkapital der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH von € 10.000.000 um € 5.566.625 auf € 15.566.625 durch Bildung von insgesamt drei neuen Geschäftsanteilen gemäß dem in Anlage 2 (dort Teil B Ziff. 3.1.3) als Entwurf beigefügten Kapitalerhöhungsbeschluss erhöht. Davon wird jeweils als Gegenleistung für die Vermögensübertragung auf die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH
 - ein Geschäftsanteil im Nennwert von € 2.850.249 der Stadt Deidesheim,
 - ein Geschäftsanteil im Nennwert von € 712.951 der Gemeinde Niederkirchen sowie
 - ein Geschäftsanteil im Nennwert von € 2.003.425 der Stadt Wachenheim gewährt.
2. Vorbehaltlich des Abschlusses der vorgenannten Umwandlungsverträge (unter Ziff. 1 b) wird die Satzung der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH gemäß dem als Anlage 3 beigefügten Entwurf neu gefasst und die Firma der Gesellschaft in „Stadtwerke an der Weinstraße GmbH“ geändert.
3. Vorbehaltlich des Abschlusses der vorgenannten Umwandlungsverträge (unter Ziffer 1 b) werden neben dem gegenwärtigen Geschäftsführer Herrn Dr. Peter Kistenmacher zusätzlich zwei weitere Geschäftsführer der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH bzw. der künftigen Stadtwerke an der Weinstraße GmbH bestellt sowie Einzelvertretungsbefugnis erteilt, namentlich
 - Alexander Will, geboren am 20.11.1977, wohnhaft in Rödersheim-Gronau, bisheriger Geschäftsführer der Stadtwerke Deidesheim GmbH, sowie
 - Dieter Panzer, geboren am 19.11.1965, wohnhaft in Bad Dürkheim, bisheriger Werksleiter des Eigenbetriebs „Stadtwerke Wachenheim“ der Stadt Wachenheim.

Mit Wirkung zum gleichen Zeitpunkt wird dem bisherigen Geschäftsführer der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH, Dr. Peter Kistenmacher, ebenfalls Einzelvertretungsberechtigung erteilt.

4. Die Geschäftsführung der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH wird beauftragt und ermächtigt, den unter Ziff. 1.a) bezeichneten Konsortialvertrag sowie die unter Ziff. 1 b) bezeichneten Umwandlungsverträge abzuschließen sowie alle dafür notwendigen, redaktionellen und sonstige Änderungen, die den Regelungsinhalt nicht wesentlich ändern, an den hier beigefügten Vertragsentwürfen vorzunehmen.

5. Die Bürgermeisterin der Stadt Bad Dürkheim wird beauftragt und ermächtigt, den unter Ziff. 1.a) bezeichneten Konsortialvertrag abzuschließen sowie als Vertreterin der Stadt Bad Dürkheim in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH die für die unter Ziff. 1 bis Ziff. 3 bezeichneten Vorgänge erforderlichen Gesellschafterbeschlüsse zu fassen, insbesondere
 - dem Abschluss der unter Ziff. 1 b bezeichneten Umwandlungsverträge zuzustimmen, sowie
 - die unter Ziff. 1.c) vorgesehene Kapitalerhöhung,
 - die unter Ziff. 2 vorgesehene Satzungsänderung und
 - die unter Ziff. 3 vorgesehene Geschäftsführerbestellung vorzunehmen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, alles Weitere zur Umsetzung der unter Ziff. 1 bis 3 bezeichneten Vorgänge verwaltungsseitig zu veranlassen, einschließlich der Durchführung des kommunalaufsichtlichen Anzeigeverfahrens sowie der Abgabe sonstiger Erklärungen und ggf. notwendige, redaktionelle und sonstige Änderungen, die den Regelungsinhalt der hier beigefügten Vertragsentwürfe nicht wesentlich ändern.

Die vorgenannten Beschlüsse sollen auch dann vollzogen werden, wenn sich Anpassungserfordernisse bezüglich des Firmennamens „Stadtwerke an der Weinstraße GmbH“ ergeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit Stimmenthaltung

Tagesordnungspunkt 4:

Einlage in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH für Zuschüsse an die Rhein-Haardtbahn GmbH
Vorlage: 2026/0133/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein und erinnert an die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.06.2026. Wie dort bereits ausgeführt worden sei, gehe es um die Einlage in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH zur Finanzierung von Zuschüssen an die Rhein-Haardtbahn GmbH. Grundlage hierfür sei der bereits im Jahr 2022 gefasste Grundsatzbeschluss zur Übernahme der angeforderten Zuschüsse.

Ratsmitglied Mühlbeier hebt hervor, dass die Expresslinie 9 wieder etabliert werden müsse.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher führt hierzu aus, dass die Gleiserneuerungen voran gingen und die Expresslinie 9 wieder eingerichtet werde.

Beschluss:

Der Kapitaleinlage in Höhe von 51.044,50 € in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 5:

Flächennutzungsplan und Landschaftsplan

hier: Beschluss über die Abwägung der im Rahmen der formellen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss

Vorlage: 2026/0077/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert hierzu, dass der Stadtrat in seiner Sitzung vom 19.07.2022 die Aufstellung des Flächennutzungs- sowie des Landschaftsplanes beschlossen habe. Nach Vorberatung durch den Bau- und Entwicklungsausschuss am 23.04.2026 sowie am 11.06.2026 haben alle Ortsbeiräte, vor der Stadtratssitzung, über die Unterlagen zum Flächennutzungsplan sowie die Abwägungsentscheidung beraten. Hierbei ergaben sich keine Änderungen an der Planung bzw. den Abwägungsvorschlägen. Die Unterlagen wurden wie vorliegend beschlossen.

Ratsmitglied Eymael führt aus, dass sich die Fraktion der Abstimmung enthalten werde.

Beschluss:

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die während den Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB in der Anlage eingegangenen Stellungnahmen gemäß den aufgeführten Beschlussvorschlägen weiterbehandelt.
2. Nach Kenntnisnahme und Beratung der nachträglich im Rahmen der Abwägung eingegangenen Stellungnahme wird diese gemäß der beigefügten Stellungnahme beschlossen.
3. Nach vorangegangener abschließender Behandlung (Abwägung) aller Anregungen stellt die Stadt Bad Dürkheim den Flächennutzungsplan inklusive Landschaftsplan durch Beschluss fest.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit Stimmenthaltung

Tagesordnungspunkt 6:

Bebauungsplan Fronhof II – 1. Teiländerung Sonstiges Sondergebiet „Großflächiger Lebensmitteleinzelhandel“

hier: Anpassung Geltungsbereich, Abwägungsbeschluss über die Stellungnahmen im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB und Durchführung des förmlichen Beteiligungsverfahrens gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 2026/0135/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein und erinnert daran, dass der Stadtrat in seiner Sitzung vom 12.12.2023 die Änderung des Bebauungsplans „Fronhof II“ zur Schaffung von Baurecht für einen großflächigen Lebensmittelvollsortimenter beschlossen habe. In derselben Sitzung sei die Durchführung des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens beschlossen worden. Weiterhin verweist Sie auf die Vorberatung in der Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschuss am 11.06.2026.

Frau Petra Müller erläutert die Hintergründe der Verschiebung der CEF-Habitatsfläche für die Mauereidechsen an den östlichen Grundstückrand. Durch die Verschiebung der Fläche werde zum einen die Besonnung der Maßnahme verbessert und sichergestellt, dass die Fläche unbeeinflusst von der Baustelle des Supermarktes durch Mauereidechsen besiedelt werden könne. Zum anderen werde der Bauablauf der Baustelle deutlich verbessert, da die CEF-Maßnahme vor Beginn der Baufeldfreimachung fertiggestellt und während der Bauphase gesichert werden müsse.

Ratsmitglied Schubert fragt an, ob der Fertigstellungstermin Ende 2027 eingehalten werden könne.

Frau Petra Müller führt hierzu aus, dass der Fertigstellungstermin Ende 2027 eher nicht zu halten sei. Vielmehr sei mit der Fertigstellung im Frühjahr 2028 zu rechnen.

Beschluss:

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Fronhof II – 1. Teiländerung Sonstiges Sondergebiet „Großflächiger Lebensmitteleinzelhandel“ wird wie in der Anlage dargestellt geändert.

Die Stadt Bad Dürkheim beschließt über die während den Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der Sachdarstellung sowie den Beschlussvorschlägen in der Anlage.

Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplanes wird zur Durchführung der Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB gebilligt. Auf dieser Grundlage sind die Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Die Unterlagen werden nach der finalen Abstimmung mit dem Gutachter und der Unteren Naturschutzbehörde vor den Beteiligungsverfahren hinsichtlich der Lage und der Ausgestaltung der Fläche für die vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen im Artenschutz (CEF-Maßnahmen) angepasst.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 7:

Vereinbarung über die Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) zwischen dem Landkreis Bad Dürkheim und der Stadt Bad Dürkheim

Vorlage: 2026/0050/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt erinnert an die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.06.2026.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Vereinbarung über die Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) zwischen dem Landkreis Bad Dürkheim und der Stadt Bad Dürkheim wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 8:

Vorzeitige Ausschreibung von 1,5 zusätzlichen Stellen in der Entgeltgruppe 9a zur Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) vor Anpassung des Stellenplans 2027
Vorlage: 2026/0126/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt erinnert an die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.06.2026.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die vorzeitige Ausschreibung von 1,5 zusätzlichen Stellen in der Entgeltgruppe 9a zur Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 9:

Zweckvereinbarungen Feuerwehr
Vorlage: 2026/0132/3.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagespunkt ein und erinnert an die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.06.2026.

In dessen Rahmen weist sie auf die zurückliegenden Beratungen zum Feuerwehr-bedarfsplan hin. Ein Punkt der Feuerwehrbedarfsplanung sei der Abschluss von Zweckvereinbarungen im Bereich des überörtlichen Feuerwehreinsatzes.

Weiterhin führt sie aus, dass der Verbandsgemeinderat von Enkenbach-Alsenborn der Vereinbarung noch nicht zugestimmt habe, da noch Haftungsfragen zu klären seien.

Es sei verabredet worden, dass weitere Gespräche mit der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn folgen würden.

Anmerkung: Die Vereinbarungen sind als Anlage zur Beschlussvorlage in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Bad Dürkheim und der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn sowie der Verbandsgemeinde Freinsheim zur Unterstützung im Feuerwehrwesen zu.

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die Zweckvereinbarungen zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 10:

Neufassung der Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe- und Dienstleistungen der Feuerwehr
 Vorlage: 2026/0129/3.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt erinnert an die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.06.2026.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Neufassung der Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe- und Dienstleistungen der Feuerwehr Bad Dürkheim wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 11:

Veranstaltungsdienstleistungen 2026: Vergabe
 Vorlage: 2026/0153/FB4

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagespunkt ein und führt aus, dass für die Durchführung des Dürkheimer Wurstmarktes sowie des Limburg Sommers Dienstleistungen zu vergeben seien.

Ratsmitglied Lang fragt an, aus welchen Gründen die Ausschreibungen beschränkt erfolgt seien.

Herr Marcus Brill führt dazu aus, dass dies jeweils in Abhängigkeit von der maßgeblichen Ausschreibungshöhe erfolgt sei.

Ratsmitglied Eymael möchte wissen, ob einschlägige Leistungen bisher vom Bauhof und Ordnungsamt erbracht worden seien und ob dies auch künftig vorgesehen sei.

Herr Marcus Brill verneint dies, da dies mit dem vorhandenen Personal nicht geleistet werden könne und man demgemäß die Leistungen extern vergeben habe. Infolgedessen sei auch künftig die Vergabe an externe Dienstleister vorgesehen.

Beschluss:

Die Stadt Bad Dürkheim vergibt folgende Dienstleistungen:

Sanitätswesen Dürkheimer Wurstmarkt (DRK Bad Dürkheim)
 60.000€

Sauberkeit Dürkheimer Wurstmarkt: (AWB Bad Dürkheim)
 64.289,00€ zzgl. 210 € je t zzgl. MwSt.

Absperrungen und verkehrsrechtliche Anordnung Dürkheimer Wurstmarkt (Heck Verkehrstechnik)
 61.941,95 € zzgl. MwSt.

Veranstaltungstechnik und Durchführung Limburg Sommer (ProTech)
62.625,98€ zzgl. MwSt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 12:

Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung

Vorlage: 2026/0142/FB1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der Spende vom Förderverein Salierschule e.V. in Höhe von insgesamt 17.202,88 € für die Anschaffung von Schüler-IPADs für die Grundschule Salierschule zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 13:

"Breite Debatte für einen lebendigen Stadtplatz"; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 08.06.2026

Vorlage: 2026/0156/FB2

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Ratsmitglied Lang erläutert den Antrag und führt hierzu im Besonderen aus, dass die Debatte über eine veränderte Gestaltung des Stadtplatzes seit vielen Jahren geführt werde und es bislang nicht gelungen sei, einen breiten Konsens für eine Neugestaltung herzustellen. Die Initiative der Verwaltung, dieses Thema parallel zum im Bau- und Entwicklungsausschuss (BEA) beschlossenen Modellversuch, neu zu beleben, werde ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig bedürfe es für eine so zentrale und emotional aufgeladene Frage einer breiten Debatte in der Stadtöffentlichkeit, um eine tragfähige Lösung zu entwickeln. Das Thema Stadtplatz betreffe sehr viele Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibende, sodass eine umfassende Bürgerbeteiligung erforderlich sei. Am Ende des Beteiligungsprozesses solle ein Konzept stehen, über das in einem Bürgerentscheid abgestimmt werde. In ihrem Antrag stelle die SPD-Fraktion einschließlich eines komplett autofreien Stadtplatzes insgesamt fünf Varianten sowie deren Vor- und Nachteile aus ihrer Sicht gegenüber. Hierbei gehe es nicht darum, sich auf eine bestimmte Variante festzulegen.

Im Anschluss erfolgten Wortbeiträge und es wurden verschiedene Fragen gestellt. In deren Rahmen wurde eine intensive und kontroverse Diskussion geführt. Die Fragen wurden im Einzelnen von Bürgermeisterin Bauernschmitt beantwortet.

Ratsmitglied Lang entschied nachfolgend, die Punkte 4 und 5 des Antrags zu streichen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt stellt anschließend den Antrag zur Abstimmung.
Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	17
Enthaltungen:	-

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt nachfolgend aus, dass es bei dem im BEA am 11.06.2026 beschlossenen Modellversuch gemäß der in der Sitzung dargestellten Skizze verbleibe und dieser folglich umgesetzt sowie evaluiert werde.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 08.06.2026 "Breite Debatte für einen lebendigen Stadtplatz" wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 10 , Nein: 17 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 14:

Stadion Trift - Umbau und Modernisierung
 hier: Vergabe der Bauleistungen (4 Lose)
 Vorlage: 2026/0159/2.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in das Thema ein und bekräftigt, dass die Verwaltung die Maßnahme trotz der erheblichen Mehrkosten befürworte.

Ratsmitglied Markus Wolf erläutert die große Bedeutung der Sportanlage und teilt mit, dass die Fraktion der Sanierung zustimmen werde, um auch ein Zeichen für den Sport zu setzen. Des Weiteren solle auf eine neue Ausschreibung verzichtet werden, zudem dürfe der Landeszuschuss nicht verfallen.

Ratsmitglied Lang fragt nach den Gründen für die entstandenen Mehrkosten.

Herr Oliver Metzger, erläutert, dass vor der Ausschreibung nicht ersichtlich gewesen sei, dass die Entwässerung sowie die Tragschicht des Kunstrasens nicht funktionsfähig seien. Darüber hinaus werde die Sportanlage inklusionsgerecht umgebaut.

Ratsmitglied Hagen führt aus, dass die Sportanlage bereits seit längerem im desolaten Zustand sei. Sie bedankt sich dafür, dass die Wünsche der Vereine und Schulen berücksichtigt worden seien, bittet jedoch darum, dass zukünftige Bauprojekte kostentechnisch besser geplant würden.

Ratsmitglied Schubert äußert sich ebenfalls positiv zur Umsetzung der Maßnahme, obwohl ihm die hohen Mehrkosten sehr erschüttert hätten. Er vertritt ebenfalls die Ansicht, dass die Verwaltung bei zukünftigen Projekten eine bessere Kalkulation vorlegen solle. Seiner Auffassung nach wäre eine erneute Ausschreibung kontraproduktiv, die Maßnahme solle daher zeitnah umgesetzt werden. Mithin werde die Fraktion zustimmen.

Ratsmitglied Schmitt schließe sich den vorherigen Rednern an. Die Anlage werde einen schönen Mehrwert bringen. Er warne jedoch davor, pauschal Mehrkosten einzukalkulieren.

Beschluss:

1. Der Auftrag für die Herstellung der Entwässerungsrinne, des Laufbahnbelags sowie der Renn-/Laufbahn (LOS1) wird an die Firma Ledig, Kaiserslautern, zu 411.414,65 € vergeben.
2. Der Auftrag für den Kunstrasen mit Zaunanlage (LOS 2) wird an die Firma Polytan, Halle/Westfalen, zu 480.928,39 € vergeben.
3. Der Auftrag für das Fitness Areal, inklusive Hochsprunganlage und den Geräten (LOS 3) wird an die Firma Ledig, Kaiserslautern, zu 144.169,10 € vergeben.
4. Der Auftrag für den Kunststoffbelag und den neuen Sektor (LOS 4) wird an die Firma Polytan, Halle/Westfalen, zu 461.430,10 € vergeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 15:

Informationen

- Sachstand Haushalt 2026

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein und dankt zunächst Herrn Maik Sokolowski-Kühn, der nach sieben Jahren als Kämmerer bei der Stadt Bad Dürkheim bekanntlich ausscheide. Nachfolgend werden Anne Rehg und Carina Hubach durch Bürgermeisterin Bauernschmitt vorgestellt, die künftig die Aufgaben gemeinsam wahrnehmen würden.

Generell bedanken sich alle Fraktionen bei Herrn Sokolowski-Kühn für die gute Zusammenarbeit und wünschen ihm für die berufliche Zukunft sowie persönlich alles Gute.

Herr Sokolowski-Kühn erläutert die Einzelheiten an Hand einer Beamer-Präsentation.

Auf die maßgebliche Präsentation wird verwiesen.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Es wurden anschließend verschiedene Fragen zur Präsentation gestellt. Die Fragen wurden im Einzelnen von Bürgermeisterin Bauernschmitt sowie Herrn Sokolowski-Kühn beantwortet.

Im Wesentlichen ist hierbei folgendes festzuhalten (chronologische Reihenfolge):

Ratsmitglied Karst fragt nach, ob die prognostizierten Gewerbesteuerereinnahmen tatsächlich in dieser Höhe positiv bewertet werden können.

Herr Sokolowski-Kühn, informiert, dass die Vorauszahlungsbescheide kontinuierlich angepasst würden und davon auszugehen sei, dass die prognostizierten Gewerbesteuerereinnahmen in dieser Höhe vereinnahmt würden.

Ratsmitglied Lang wundert sich über die große Differenz bei den Auszahlungen für Sachanlagen und wie dies zu erklären sei.

Herr Sokolowski-Kühn, erklärt, dass eine Abstimmung mit dem Bauamt erfolgt sei, jedoch keine Abstimmung über die konkreten Investitionen stattgefunden habe. Es handele sich um eine IST-Darstellung.

Ratsmitglied Eymael bittet um Information zum Thema Schlussrechnung der Therme und welche Auswirkung diese auf den Haushalt habe.

Herr Sokolowski-Kühn, verneint das Vorliegen der Schlussrechnung für die Therme, gehe jedoch davon aus, dass diese nach der Sommerpause vorliege. Die Finanzierung der Schlussrechnung sei unter dem Ansatz „Auszahlung für immaterielle Vermögensgegenstände“ berücksichtigt.

Ratsmitglied Karl Brust fragt nach, ob die Einsparungen im Bereich der Personalkosten auf die hohe Zahl unbesetzter Stellen zurückzuführen seien.

Herr Sokolowski-Kühn bejaht dies.

Ratsmitglied Karst fragt nach, ob die Wiederbesetzung der Stellen im Haushalt bereits berücksichtigt seien. Dies wurde von Herr Sokolowski-Kühn ebenfalls bejaht.

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert weiterhin, dass der Musikschulbetrieb auch nach den Sommerferien grundsätzlich gesichert sei. Seitens der Verwaltung werde geprüft, welche Räumlichkeiten zur Verfügung stünden.

Ratsmitglied Heißler sei darüber sehr erleichtert und dankt für den Einsatz zugunsten der Musikschule. Sie rate zudem, perspektivisch zentral gelegene Räume zu finden.

Tagesordnungspunkt 16:

Anfragen

Ratsmitglied Hagen fragt nach, wie mit den beschädigten, aushängenden Flaggen verfahren werde.

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert, dass diese demnächst ersetzt werden sollen.

Ratsmitglied Karst fragt nach dem weiteren Vorgehen zur Mülltrennung auf dem Stadtplatz und ob eine neue Müllsammelstelle angedacht bzw. eine konkrete Zeitplanung vorgesehen sei.

Bürgermeisterin Bauernschmitt erklärt, dass die im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus thematisierte Müllproblematik noch intern zu klären sei.

Ratsmitglied Eymael fragt nach dem defekten Wasserspender im Kurpark.

Herr Wietschorke führt dazu aus, dass es bei den Wasserspendern immer wieder Probleme gäbe, die erforderlichen Ersatzteile indessen bereits bestellt seien.

Ratsmitglied Mackensen-Geis fragt nach, ob die Zusammenarbeit seitens der Verwaltung mit dem Weltladen eingestellt worden sei. Es sei aufgefallen, dass im letzten Jahr keine Weihnachtspräsente für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung im Weltladen gekauft worden seien.

Bürgermeisterin Bauernschmitt hebt die gute und wichtige Zusammenarbeit mit dem Weltladen hervor, verneint jedoch etwaige Differenzen und stellt klar, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bislang keine Weihnachtsgeschenke erhalten hätten. Geschenke für andere Anlässe aber durchaus im Weltladen gekauft werden würden.

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Bauernschmitt, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:31 Uhr.

